

mofair e V Potsdamer Platz 1 10785 Berlin

Herrn
Vorstandsvorsitzenden der DB AG
Hartmut Mehdorn
Deutsche Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

mofair e V
Potsdamer Platz 1 10785 Berlin

Telefon 030/25 89 91 32
Telefax 030/25 89 94 40
E-Mail info@mofair.de
Internet www.mofair.de

3. April 2008

Bilanzpressekonferenz vom 31. 03. 2008

Sehr geehrter Herr Mehdorn,

mit Interesse haben wir als Verband privater unabhängiger, wettbewerblicher Verkehrsunternehmen Ihre Ausführungen auf der Bilanzpressekonferenz zu Fragen des Wettbewerbs im Schienenpersonennahverkehr zur Kenntnis genommen.

Wir freuen uns sehr, dass Sie mit uns der Auffassung sind, „nationale staatliche Daseinsvorsorge-Monopole haben im Bahnbereich keine Zukunft“.

Umso mehr sind wir überrascht, dass Sie die Niederlage der DB Regio im Wettbewerbsverfahren um die S-Bahn-Verkehre in Bremen mit dem Hinweis auf die fehlende Beachtung des „deutschen Gemeinwohls“ kommentieren.

Wenn es keine staatlichen Daseinsvorsorgemonopole mehr gibt, hat die DB Regio auch keinen Anspruch auf die Erbringung der S-Bahnleistungen in Bremen, wenn sie sich im Wettbewerb nicht durchgesetzt hat, und kann sich nicht auf fehlende Beachtung des „deutschen Gemeinwohls“ berufen. Das schließt sich denklösig aus.

Ebenso schließen sich Direktvergaben an die DB Regio AG mit dem von Ihnen erklärten Ende des Monopols der Daseinsvorsorge aus. Dennoch erfolgen Direktvergaben immer wieder. Das letzte Beispiel in dieser Reihe ist die beabsichtigte, nach unserer Auffassung wettbewerbswidrige Verlängerung des S-Bahn-Vertrages Berlin. Die Verlängerung des laufenden S-Bahn-Vertrages zu insgesamt um etwa 200 Mio. € günstigeren Konditionen für das Land Berlin, macht nach unserer Auffassung überdeutlich, dass im laufenden Vertrag eine erhebliche Überkompensation und damit eine wettbewerbswidrige Beihilfe des Landes Berlin an die S-Bahn Berlin vorliegt.

Nach unserer Auffassung sind auch die hohen Erträge der DB Regio, deren Sie sich rühmen, vor allem auf die in der Vergangenheit abgeschlossenen Direktverträge zurückzuführen, da Sie mit Bezug auf laufende wettbewerbliche Ausschreibungen Ihre Wettbewerbsnachteile konstatieren und sogar Marktanteilsverluste befürchten. Das lässt den Schluss zu, dass auch diese Direktvergaben eine erhebliche Überkompensation beinhalten und damit gegen europäisches Beihilferecht verstoßen.

Interessenverband für Mobilitätsdienstleister

Wolfgang Meyer
Präsident
Dr. Engelbert Recker
Hauptgeschäftsführer

Deutsche Bank Berlin
Konto-Nr. 6039 861
BLZ 100 700 24

Steuernummer
27/620/57964

Einen wichtigen Hinweis auf eine Überkompensation sehen wir auch in den Rückstellungen für Drohverluste. Sollte es sich, wie Sie behaupten, um Rückstellungen für Energie- und Lohnsteigerungen handeln, würde das nach unserer Auffassung deutlich machen, dass Ihre Preisangebote in Wettbewerbsverfahren zu niedrig waren und unterhalb Ihrer Kosten lagen. Das wäre dann Dumping, um Wettbewerber auszustechen.

In Ihrer Rede haben Sie auch darauf verwiesen, dass Sie erhebliche Mittel in den Netzausbau investieren und dennoch Gefahren für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur sehen. „Deutschland darf beim Infrastrukturausbau nicht den Anschluss verlieren.“

Das sehen wir genau so. Nach unserer Auffassung ist allerdings die DB AG für den Zustand des Netzes verantwortlich. Sie klagen sich also selbst an, nicht genügend für den Erhalt und den Ausbau des Netzes zu tun. Dabei haben Sie doch die Mittel dafür gehabt. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, dass die DB Netz AG viele bereitgestellte Investitionsmittel des Bundes nicht in Infrastrukturinvestitionen umsetzen konnte. Außerdem brachte 2007 gerade das Netz mit 478 Mio. € den höchsten Ertrag. Was, wenn nicht das Ziel, das Konzernergebnis wegen des geplanten Börsenganges aufzuhübschen, hat Sie daran gehindert, mehr für die Schieneninfrastruktur zu tun?

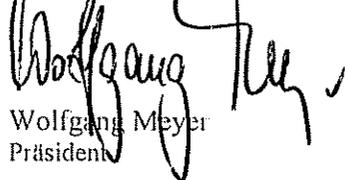
Sollten Sie allerdings der Auffassung sein, dass ein Infrastrukturausbau in nicht größerem Umfang erforderlich gewesen sei, als Sie ihn vorgenommen haben, dann stellt sich die Frage, wer den hohen Netzertrag erbracht hat. Das waren vor allem die privaten Wettbewerber der DB. Ziel eines unabhängigen Betreibers der Schieneninfrastruktur wäre es gewesen, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Dazu hätte er die Trassenentgelte gesenkt oder die Mittel in die Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur gesteckt.

Wir haben Verständnis, dass Sie sich mit der Privatisierung der DB AG von den Fesseln der Daseinsvorsorge befreien wollen, erwarten aber dass Sie in Übereinstimmung mit Ihrer eingangs zitierten Aussage auf der Bilanzpressekonferenz auf die Vorteile verzichten, die es mit sich bringt, Direktvergaben im Schienenpersonennahverkehr zu erhalten, den Bund als Mehrheitsgesellschafter an Bord zu haben und die Eisenbahninfrastruktur im Verbund mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen zu betreiben.

Lassen Sie Ihrer richtigen Erkenntnis, dass nationale staatliche Daseinsvorsorge-Monopole im Bahnbereich keine Zukunft haben, die richtigen Taten folgen

Sorgen Sie für eine Vollprivatisierung Ihrer Transportgesellschaften, den Verzicht auf Direktvergaben im Schienenpersonennahverkehr und für eine Trennung von Netz und Betrieb, damit der Eisenbahnmarkt zu dem wird, was wir gemeinsam wollen, zu einem Wachstumsmarkt mit besten Angeboten für Fahrgäste und Unternehmen und besten Beschäftigungschancen für die Mitarbeiter.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Meyer
Präsident